

STADT BAD SACHSA
Hauptamt

Az.: 10 24 03 -10

Bad Sachsa, 28. Dezember 2015
wk/-

PROTOKOLL

über die öffentliche **Ratssitzung** am **Donnerstag**, dem **17. Dezember 2015**, ab **19:00 Uhr** im **Kursaal**.

Anwesend sind

- a) vom Rat der Stadt: Bürgermeister Dr. Hartmann
und die Ratsmitglieder Boehm, Bruchmann, Fieker,
Grimm, Kasper, Kellner, Markert (bis 21:30 Uhr –
öffentliche Sitzung), Metzger, Müller, Rockendorf, Schaal,
Schirmer (bis 21:30 Uhr – öffentliche Sitzung),
Schwedhelm, Seele, Seifert, Simon, Warnecke, Dr.
Wedler (bis 21:55 Uhr – vertr. S. [Apotheken-Notdienst])
und Ziegenbein;
- b) von der Verwaltung: Verwaltungsangestellter Grundeis, Verwaltungsfachange-
stellter Spieweck, Stadtamtsrätin Urban (bis 22:20 Uhr,
vertr. S.) und Stadtoberamtsrat Weick zugleich als
Protokollführer (für den öffentlichen Sitzungsteil) sowie
Stadtamtsinspektorin Weick als Protokollführerin (für den
vertraulichen Sitzungsteil);
- Geschäftsführer Völz (bis 22:20 Uhr, vertr. S.).

Es fehlt entschuldigt: Ratsherr Foth.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Bruchmann eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er bringt seine Freude über den schönen Weihnachtsbaum im Kursaal und auch über den im Vorraum zum Ausdruck.

Ratsherr Boehm verweist auf den stattgefundenen Wechsel im Vorsitz der *SPD-Fraktion* bzw. der *Gruppe SPD / BfBS*: Demnach hat er den Fraktionsvorsitz übernommen; sein Vorgänger, Ratsherr Schirmer, dem er für seine Arbeit dankt, ist nunmehr stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Weiterer Stellvertreter (in dieser Reihenfolge) ist Ratsherr Kellner.

Weiterhin übernimmt Ratsherr Boehm auch die Funktion des Gruppensprechers. Hier ist Stellvertreter Ratsherr Markert.

Ratsherr Boehm freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

2. Feststellung der Tagesordnung

Da der Ergänzungshinweis der Tagesordnung ausweislich des Schreibens des Hauptamtes vom 9. Dezember 2015 um den TOP

5. Jahresabschluss der Stadtparkasse Bad Sachsa von Ende 2014;
hier: Entlastung des Verwaltungsrates gemäß § 23 Abs. 3 NSpG
– DS-Nr. 30/15 –

unterblieb, weist Ratsherr Metzger auf die diesbezügliche Beschlussnotwendigkeit hin und kündigt – obwohl die Vorlage nicht fristgerecht erfolgte – dennoch seine Zustimmung an.

Dem schließt sich Ratsherr Boehm an.

Stadtoberamtsrat Weick stellt – bezogen auf die nicht fristgerechte Vorlage – fest, dass die Aufstellung der Tagesordnung (zunächst) in den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters fällt. Nachdem der Fehler im Geschäftsablauf aufgefallen ist, wurde dem Rat umgehend dieser weitere Beratungsbedarf angezeigt und damit eine Aufnahme in die Tagesordnung empfohlen. Dieser Sachverhalt bzw. diese Vorgehensweise ist nicht „direkt“ vergleichbar mit der Stellung von Anträgen auf Aufnahme eines bestimmten Beratungsgegenstandes in die Tagesordnung gemäß Geschäftsordnung (durch Ratsmitglieder) – worauf sich der Fristhinweis höchstwahrscheinlich beziehen sollte.

Die Tagesordnung wird nach Vornahme dieser Ergänzung gebilligt.

3. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Ratssitzung vom 19. Oktober 2015

Ratsherr Markert merkt an, dass nicht in jedem Haushaltsjahr ein Haushaltsnachtrag beschlossen wird. Aus seiner Sicht wird die Protokollierung dieses Tagesordnungspunktes – im Vergleich zu der mehrseitigen Abhandlung bezüglich der Ausführungen des Bürgermeisters über die Auswirkungen der Asylbewerber-Situation auf die Stadt Bad Sachsa – dieser Bedeutung nicht gerecht. Ihm gefällt das nicht.

Ratsherr Boehm schließt sich dem an.

Stadtoberamtsrat Weick verweist auf die Vorgaben des NKomVG sowie der *Geschäftsordnung*, wonach die wesentlichen Inhalte der Verhandlung festgehalten werden. Ein Wortprotokoll wird nicht geführt.

Aus dem Protokoll muss („lediglich“) ersichtlich sein, wann und wo die Sitzung stattgefunden hat, wer an ihr teilgenommen hat, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen vorgenommen worden sind. Weiterhin sind die Abstimmungsergebnisse festzuhalten.

Die angesprochene Protokollierung erfüllt also diese Voraussetzungen.

Ratsherr Boehm bittet, gestellte Anträge mit aufzunehmen.

Das Protokoll über die öffentliche Ratssitzung vom 19. Oktober 2015 wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen genehmigt.

4. Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Dr. Hartmann teilt mit:

a) Geschäftsführer Martin Völz

Herr Martin Völz wird auch künftig die Geschäfte der städtischen Gesellschaften führen. Zu seiner Neubestellung spricht ihm der Bürgermeister die herzlichsten Glückwünsche aus und wünscht ihm für die ebenso schwierige wie anspruchsvolle Aufgabe eine glückliche Hand. Er ist sicher, dass er die bevorstehenden Herausforderungen meistern wird. Sein innovatives Denken und die Art, wie er die Aufgabe im Sommer aus dem Stand kurzfristig angepackt hat, hat alle sehr beeindruckt. Der Bürgermeister freut sich, dass es gelungen ist, Herrn Völz an Bad Sachsa zu binden. Er wünscht ihm alles Gute und sieht einer guten Zusammenarbeit entgegen.

b) Neues Getriebe für den Ravensberg-Skilift

Das lange Warten hat sich gelohnt: Anfang Dezember wurde auf dem Ravensberg ein von der Stadt im August bestelltes generalüberholtes Getriebe für den Hauptlift des Skigebietes angeliefert und eingebaut.

Gemeinsam mit dem Betreiber der Skiliftanlage, Jochen Schildknecht, konnte man sich ein Bild von der nun betriebsbereiten Anlage machen. Derzeit laufen in Abstimmung mit ihm, dem TÜV und der Schlosserei Kälz noch Sicherungsarbeiten an den Stützen des Hauptliftes. Durch diese wichtigen Ersatzmaßnahmen ist der alpine Wintersport im Skigebiet Ravensberg weiterhin gesichert, auch wenn die Witterung in diesem Jahr keine weiße Weihnacht bescheren wird.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf knapp 20.000,00 € und werden zum Teil durch eine von Ratsherrn Seifert organisierte Spendenaktion gegenfinanziert. Nach Vorliegen aller Rechnungen werden die Spenden abgerufen.

In diesem Zusammenhang dankt der Bürgermeister allen Spenderinnen und Spendern, so auch denen, die sich für den Ersatz von Bäumen und die Beschaffung des E-Smart engagiert haben.

c) Einrichtung von 2 Möbelgroßmärkten in Göttingen

Die Stadt Northeim hat hinsichtlich einer von der Stadt Göttingen geplanten Ansiedlung eines XXXL-Einrichtungshauses und eines POCO-Einrichtungsmarktes mit einer Gesamtverkaufsfläche von 33.000 m² zu einer Gesprächsrunde am 6. Januar 2016 eingeladen.

Gerade vor dem Hintergrund einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung ist eine flächendeckende Versorgung zu erhalten. Auch in Bezug auf Güter wie Möbel sollte der Weg zum nächstgelegenen Anbieter mehr als rund 20 km nicht überschreiten. Dieses wäre aber für viele unweigerlich der Fall, wenn die gewachsenen Traditionsbetriebe einer solchen Neuansiedlung im Oberzentrum Göttingen zum Opfer fallen würden. Darüber hinaus muss man sich bezüglich dieser Entwicklung im Oberzentrum Göttingen die Frage stellen, ob es zukünftig auch in anderen Branchen zur Ansiedlung von „Giganten“ kommt. Aufgrund dieser Bedeutung auch für die Stadt Bad Sachsa wird der Bürgermeister an dieser Veranstaltung teilnehmen.

d) Neubau der Parkplätze Ringstraße/Jugendherbergsstraße

Auf Basis der Beschlüsse des *Sanierungsausschusses* und des Verwaltungsausschusses hat das Bauamt im November nach Einholung mehrerer Angebote die kurzfristige Herstellung der Parkplätze am Kreuzungsbereich Ringstraße/Jugendherbergsstraße beauftragt. In kürzester Bauzeit ist es der bauausführenden Firma aus Duderstadt in zwei Arbeitswochen gelungen, dieses Projekt zur vollsten Zufriedenheit umzusetzen. Die Baukosten incl. der Ingenieurleistungen belaufen sich auf rund 70.000,00 € und werden zu 2/3 aus der Städtebauförderung bezuschusst.

e) Flüchtlingssituation in Bad Sachsa

Die Aufnahmequote für die Stadt Bad Sachsa für das Jahr 2015 beträgt 96 Asylbewerber. Bisher hat die Stadt 118 Personen aufgenommen, wobei die im

Oktober erfolgte Eingliederung des Sozialamtes in das Ordnungsamt zu einer spürbaren Aufgabenintensivierung geführt hat.

Die 118 Asylbewerber teilen sich auf in 35 Syrer, 15 Albaner, 14 Libanesen, 10 Iraker, 10 Eritreer und 34 sonstige Nationalitäten. Alle Asylbewerber wurden von der Stadt in Mietwohnungen untergebracht.

Die vorläufige Aufnahmequote für die Stadt für das I. Quartal 2016 beträgt 60 Asylbewerber, wobei diese Personen ebenfalls dezentral untergebracht werden sollen.

Die weitere Entwicklung ist unklar, insbesondere die Zuweisungshöhe für das restliche Jahr 2016. Die Stadt wird aber weiterhin intensiv tätig sein, um registrierte Asylbewerber mit geeignetem Wohnraum versorgen zu können; die Art und Weise hängt aber letztlich von den zukünftigen Zuweisungszahlen ab.

Ein besonderer Dank wird den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ausgesprochen, deren unterstützende Tätigkeit auch künftig benötigt wird. Diesbezügliche Meldungen werden im Ordnungs- und Sozialamt gern entgegengenommen. Auf den diesbezüglichen Link auf der städtischen Homepage wird verwiesen.

Ebenso bemüht sich die Stadt weiterhin darum, vorrangig Familien zugewiesen zu erhalten, faktisch kommen jedoch überwiegend junge arabischstämmige Männer ins Land, dies erschwert die hiesige Wohnraumaquise.

Unsere Stadt wird bis auf Weiteres in der Lage sein, Flüchtlinge in angemieteten Räumlichkeiten unterzubringen.

Vermieter mit realistischen Preisvorstellungen können sich mit ihren Wohnraumangeboten zur Unterbringung von Asylbewerbern gerne im Ordnungs- und Sozialamt melden.

f) Verbesserung der Verkehrssituation; weiterer Ausbau der B 243

Ausweislich eines Schreibens der Staatssekretärin, Frau Daniela Behrens, des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vom 23. November 2015 ist für die B 243 von südlich Bad Sachsa bis zur Landesgrenze Niedersachsen/Thüringen gemäß den fachtechnischen Grundlagen des Bundes ein dreistreifiger Neubau vorgesehen. Dafür liegt ein unanfechtbarer Planfeststellungsbeschluss vor.

Es ist vorgesehen, im 2. Quartal 2016 mit dem Bau zu beginnen, so dass aufwändige Neuplanungen hier nicht zielführend wären. Der Abschnitt der B 243 von Herzberg in Niedersachsen bis zur Anschlussstelle in Großwehungen (A 38) in Thüringen wurde von den beiden Ländern gemeinsam als Gesamtprojekt für die Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplanes gemeldet.

Bürgermeister Dr. Hartmann sowie die Ratsherren Markert und Seele begeben sich in den für die Zuhörer/innen bestimmten Teil des Sitzungsraumes.

- 5. Jahresabschluss der Stadtparkasse Bad Sachsa von Ende 2014;
hier: Entlastung des Verwaltungsrates gemäß § 23 Abs. 3 NSpG
– DS-Nr. 30/15 –**

Ratsvorsitzender Bruchmann ruft die Drucksache Nr. 30/15 auf.

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Die zuvor Genannten nehmen wieder an der Sitzung teil.

- 6. Jahresabschluss 2014 der Stadt Bad Sachsa;
hier: Stellungnahme und Entlastungserteilung gem. § 129 Abs. 1 NKomVG
– DS-Nr. 22/15 –**

Nachdem Ratsvorsitzender Bruchmann Bezug auf die Drucksache Nr. 22/15 genommen hat, stimmt der Rat dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

- 7. Erlass einer 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung);
hier: Senkung der Niederschlagswassergebühr zum 01.01.2016
– DS-Nr. 23/15 –**

Ratsvorsitzender Bruchmann erteilt Ratsherr Boehm das Wort zur Erläuterung der Drucksache Nr. 23/15, wobei dieser u.a. auf den absehbaren, gebührenerhöhenden Investitionsbedarf eingeht.

Der Rat nimmt den Beschlussvorschlag einstimmig an.

- 8. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 31 „Ravensberg“**
1. Anregungen und Bedenken aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und den benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

2. Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB **– DS-Nr. 24/15 –**

Ratsvorsitzender Bruchmann erteilt Rats Herrn Boehm das Wort zur Drucksache Nr. 24/15.

Dieser erklärt rückblickend zunächst, dass man sich seitens seiner Fraktion bereits vor Jahren und über die Jahre hinweg für das hier erfolgte städtische Engagement eingesetzt habe, weil nur so die Erreichung bestimmter städtischer Ziele sicherzustellen war. Gleichwohl verweist er auf gewisse diffuse Ängste hinsichtlich der zukünftigen dortigen Nutzung, die zu der Überlegung Anlass geben müssen, was man dort konkret erreichen möchte. Hierfür ist aus seiner Sicht jetzt genau der richtige Zeitpunkt.

Auch Rats Herr Markert macht deutlich, dass die vorliegenden Planungen heute mitgetragen werden. Dennoch hält er es für angebracht, die Hoffnungen nicht zu hoch zu treiben. Neben den bereits erwähnten Ängsten spricht er insbesondere die Hürde der Ver- und Entsorgung an.

Bürgermeister Dr. Hartmann stellt fest, dass es ihm insbesondere wichtig war, die Debatte, die es schon seit Jahren gibt, weiter anzuschieben. Er weist darauf hin, dass Dank des Ansatzes des Bauamtes und des Planers, Herrn Meißner, hier nur relativ allgemeine Festsetzungen bezüglich des Baukörpers getroffen wurden. Die Sicherstellung des weiteren öffentlichen Zuganges „zum Berg“ ist für ihn eine Selbstverständlichkeit; ein „abgekapseltes“ Resort ist nicht denkbar.

Weiter eingehend auf einen bereits stattgefundenen Kontakt mit dem Landesbeauftragten, Herrn Wunderling-Weilbier, vom Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig sowie Frau Dr. Witt vom Projektbüro Südniedersachsen aus dem Ravensberg und die hier zu verzeichnende grundsätzlich positive Einschätzung verweist der Bürgermeister auf eine ihm vorliegende Aussage des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Olaf Lies, wonach Förderfähigkeit für die Förderung eines Hotelprojekts im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung gegeben sei. Trotzdem handelt es sich hierbei nicht um ein Projekt, welches in drei bis vier Jahre fertig gestellt werden kann. Zunächst aber wird ein finanzkräftiger Investor benötigt.

Positiv ist jedoch schon einmal, so Bürgermeister Dr. Hartmann, dass die Angelegenheit hinsichtlich der Fragen „Naturschutzgebiet“ und „Wasserschutzgebiet“ gut durch die zuständigen Ausschüsse des Landkreises Osterode am Harz gelaufen ist.

Für Rats Herrn Seifert war und bleibt die erste Frage, wie die Angelegenheit der Ver- und Entsorgung geregelt werden kann, die er letztlich bei der Stadt angesiedelt sieht. Die zweite Frage ist, was letztlich gemacht werden soll und kann, die im Endeffekt der Kreativität des Investors obliegt – hier kann es zwangsläufig zu Widersprüchen zwischen den Interessen des Investors und der Stadt kommen. Die dritte Frage ist für ihn, wie es gelingen kann, das, was er schon vor 25-30 Jahren

gefordert hat, umzusetzen: Dem „Baumfetischismus“ abzuschwören. Dies bedeutet für ihn nicht, Bäume in einem größeren Umfang zu beseitigen, sondern „die Motorsäge mit Augenmaß anzusetzen“.

Bürgermeister Dr. Hartmann erwidert bezogen auf den letzten Punkt, dass er das Forstamt bereits vor zwei Tagen gebeten hat, die Hauptsichtschneisen freizuschneiden.

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**9. Widmung von Straßen, Wegen und Plätzen für den öffentlichen Verkehr;
hier: Flurstücke 150/13 und 150/1 der Flur 4, Gemarkung Bad Sachsa
– DS-Nr. 25/15 –**

Ratsvorsitzender Bruchmann gibt die Drucksache Nr. 25/15 zur Aussprache frei.

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**10. Dorferneuerung Neuhof, Tettenborn und Nüxei;
hier: Überarbeitung der Prioritätenliste des Dorferneuerungsplanes
– DS-Nr. 26/15 –**

Ratsvorsitzender Bruchmann erteilt Rats Herrn Markert das Wort zur Drucksache Nr. 26/15.

Dieser führt daraufhin aus, dass für die heutige Sitzung eine Prioritätenliste vorliegt, die nicht mehr der zwischenzeitlich stattgefundenen Entwicklung entspricht. Die deshalb erbetene, nachgearbeitete Prioritätenliste wurde nicht erstellt. Auch bemängelt Ratsherr Markert die fehlende Behandlung in den zuständigen Ausschüssen. Da dies alles für ihn keine nachvollziehbare Beschlusslage darstellt, spricht er sich dafür aus, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Verwaltungsangestellter Grundei geht auf den in Rede stehenden Dorferneuerungsplan ein. Demnach sind Bestandteil dieses Planes die Dinge, die von den Beiräten und den Ortsräten beschlossen sowie vom Land genehmigt wurden. Der Dorferneuerungsplan spiegelt insofern den Sachstand per Beschluss vom 5. Februar 2015 – in Anwesenheit der verantwortlichen Frau Roth von der zuständigen Fachbehörde – wider. Sofern es Änderungswünsche gibt, müssen diese das zu beachtende Verfahren (... und ...) durchlaufen, protokolliert und mit dem Land erörtert werden. Im Januar 2016 ist ein diesbezüglicher Erörterungstermin vorgesehen, dieser hat jedoch nichts mit der im Raum stehenden Frage der Haushaltsmittel zu tun. In 2016 ist der angesprochene Finanzierungsversuch vorgesehen.

Ratsherr Boehm sieht sich nicht in der Lage, in der heutigen Sitzung sachgerecht über diesen Tagesordnungspunkt zu befinden. Deshalb unterstützt er das Vorbringen von Ratsherrn Markert.

Ratsherr Fieker merkt an, dass dieses Programm die Stadt schon seit 2013 „begleitet“. Es wurden immer Mittel im städtischen Haushalt eingeplant, aufgrund fehlender Landesmittel aber immer wieder gestrichen. Aufgrund einer jetzt aktuellen Richtlinie des Landes müssen entsprechende Anträge bis zum 15. Februar 2016 gestellt werden. Deshalb fordert Ratsherr Fieker, gemäß dem in der letzten Verwaltungsausschusssitzung einvernehmlich behandelten Vorschlag des Kämmereiamtes vorzugehen und (abermals) Mittel für die Dorferneuerung im Haushalt vorzuhalten, allerdings nicht als Haushaltsansatz, sondern bedient aus nicht verbrauchten bzw. gebundenen Haushaltsresten.

Ratsherr Kellner stellt fest, dass sich die Angelegenheit aus seiner Erfahrung für ihn differenziert darstellt. Zum einen müssen die Fragen im Zusammenhang mit dem Beirat usw. (... „was man wünscht“ ...) und zum anderen die Finanzierungsangelegenheiten Berücksichtigung finden. Die Darlegungen spiegeln den beschlossenen Sachstand per 5. Februar 2015 wider. Ob das dann in 2016, 2017, 2018 oder 2019 finanziert wird bzw. werden kann, ist heute hier nicht die „Hauptsache“. Im Hinblick hierauf kann er dem deshalb heute so zustimmen.

Ratsherr Rockendorf dankt Ratsherrn Kellner für seine Ausführungen. Da diese und die Darlegungen der Verwaltung für ihn schlüssig sind, signalisiert er die Zustimmung der *CDU-Fraktion*.

Ratsvorsitzender Bruchmann weist zusammenfassend verdeutlichend nochmals darauf hin, dass angestrebte Änderungen nur Gültigkeit bekommen durch übereinstimmende bzw. gemeinsame Ortsrats-/Rats- und Beiratsbeschlüsse.

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag mit 15 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 4 Stimmenthaltungen zu.

11. Erlass der Haushaltssatzung der Stadt Bad Sachsa für das Haushaltsjahr 2016; Beschluss über die Festsetzung der im Investitionsprogramm aufgeführten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen; Kenntnisnahme von dem Ergebnis- und Finanzplan für die Planungsjahre 2015 bis 2019
– DS-Nr. 27/15 –

Ratsvorsitzender Bruchmann erteilt Ratsherrn Rockendorf das Wort zur Drucksache Nr. 27/15.

Ratsherr Rockendorf sieht in dem diesjährigen Haushaltsplan-Entwurf einen „besonderen Haushalt“, der durch die Beantragung von Fördermitteln für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in Höhe von 4 Mio. € geprägt ist, was „lediglich“ das Aufbringen von 10 % Eigenmitteln verlangt. Die *CDU-Fraktion* stimmt

beidem – dem Haushalt und dem verfolgten Ziel bezüglich der Fördermittel – ausdrücklich zu. In seiner Haushaltsrede geht Rats Herr Rockendorf sodann u.a. auf folgende Punkte ein: ♦ ... konsequentes Zurückfahren der Haushaltsansätze ...; ♦ ... Entfall des üblichen politischen Gerangels, weil aufgrund der getroffenen Ratsentscheidung zu Gunsten der Beantragung der Fördermittel nur ein freier Kreditrahmen von rund 47.000 € bleibt ...; ♦ ... Möglichkeit der dringend notwendigen Sanierung des Bades und des Kurhauses nutzen – obwohl das Bad trotz eines evtl. Zuflusses von bis zu 3,5 Mio. € Fremdmitteln weiterhin kränkeln wird ...; ♦ ... Zukunftsvertrag wird weiterhin erfüllt („Schwarze Null“, aber + 267.000 € wird verfehlt) ...; ♦ ... ein wesentlicher Punkt werden die Nachverhandlungen mit dem Land und dem Landkreis bezüglich des Zukunftsvertrages sein (=> eindeutige ungerechte und unausgeglichene Bevorteilung der Samtgemeinde Walkenried im Zusammenhang mit der Bewilligung von Bedarfszuweisungen) ...; ♦ ... dass dennoch vieles erreicht werden konnte, geht nur mittels Spenden pp. (z.B. Herr Seifert / Ravensberg, Dr. Wedler / Märchengrund, 10 Baumpaten usw.), wofür ein besonderer Dank ausgesprochen wird ...; ♦ ... lobende Worte der Anerkennung für zu verzeichnendes besonderes Engagement für jedes einzelne Amt bzw. für die Amtsleiter/in ...; ♦ ... angeschobene Projekte (z.B. Ravensberg / „Leuchtturmprojekt“, Parkplätze in der Marktstraße, Parkplatz Ringstraße, Beschaffung eines E-Smart usw.).

Rats Herr Boehm hebt auf die erstrebenswerte gute weihnachtliche Stimmung ab, eine Zeit, in der man sich vieles wünscht. Viele Wünsche wurden in den vergangenen 18 Jahren von der SPD – aber auch andere Parteien haben mitgewirkt – erfüllt. Die Gruppe hatte sich gewünscht, dass man an dieser Konstellation noch zwei Jahre hätte festhalten können; aber die Bürger/innen hatten andere Wünsche, sie wünschten einen politischen Wechsel. Anders wie sein Vorredner, Rats Herr Rockendorf, geht Rats Herr Boehm auf viele aus seiner Sicht kritische Punkte ein: ♦ ... propagierter Umzug der Verwaltung in die Grundschule = Ankündigung, nichts wieder davon gehört ...; ♦ ... Einführung eines Gebäudemanagements = mehrjährige Forderung, nichts wieder davon gehört ...; ♦ ... Wirtschaft ankurbeln = Ankündigung, nichts wieder davon gehört ...; ♦ ... Verwaltung modernisieren = Ankündigung, nichts wieder davon gehört ...; ♦ ... die CDU hatte 18 Jahre Zeit, sich auf all dieses vorzubereiten ...; ♦ ... die Freiwillige Feuerwehr Tettenborn soll umziehen, als ob es hierfür nicht Voraussetzungen gebe (z.B. Standortfrage, Abwägung, ob ein Neubau nicht evtl. günstiger wäre) ...; ♦ ... das Grenzlandmuseum Tettenborn soll ebenfalls umziehen, daraufhin sind 10 Vereinsmitglieder ausgetreten – all diese Fragen gehören in die zuständigen Fachausschüsse...; ♦ ... Bad Sachsa braucht mehr als nur Parkplätze, was Bad Sachsa braucht, ist eine Vision, wo es in 10-15-20 Jahren stehen soll ...; ♦ ... Bekundung der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Bürgermeister und allen Parteien ...; ♦ ... Beteuerung, dass Bürgermeister Dr. Hartmann und Geschäftsführer Völz mit der *SPD-Fraktion* und Rats Herrn Markert verlässliche Partner haben ...; ♦ ... man wird auch mit dabei sein, wenn die Dorferneuerung angegangen wird, aber nicht erst 2019 ...; ♦ ... Bereitschaft zur Mitarbeit an der Beseitigung von Ungleichgewichten ...

Aus Sicht von Ratsherrn Boehm kann man über valide Zahlen erst Anfang des Jahres 2016 verfügen, insofern wäre es auch sinnvoll gewesen, den Haushalt 2016 erst danach aufzustellen. Für ihn bleibt nämlich die Frage, was man macht, wenn die beantragten 4 Mio. € nicht fließen sollten. Er befürchtet, dass vieles von dem, was angekündigt wurde, nicht umzusetzen ist. Nun könnte der Wunsch aufkommen, dass die *SPD-Fraktion* dem Beschlussvorschlag zustimmt – aber es werden nicht alle Wünsche wahr.

Ratsherr Seifert erklärt, dass seine Fraktion mit Bauchweh, aber aus Realismus dem „4-Mio.-€-Vorhaben“ zugestimmt hat, macht aber gleichzeitig deutlich, dass man gleichwohl froh sein sollte, wenn man einen „Teil X“ erhält. Im Hinblick darauf, dass der Haushalt „auf scharfer Kante genäht ist“, würde bei Bewilligung eines geringeren Zuschusses durch die Verringerung des dann noch zu erbringenden Eigenanteils eine größere finanzielle städtische Verfügungsmasse entstehen. Diese könnte dann z.B. für die lange geforderte Realisierung der sanitären Anlagen auf dem Ravensberg eingesetzt werden.

Die *FDP-Fraktion*, so Ratsherr Seifert, stimmt dem Beschlussvorschlag zu. Hinsichtlich der finanziellen Unwägbarkeiten stellt er fest, dass jedes Jahr so getan wird, als ob ein Nachtrag etwas Besonderes wäre. Dies ist jedoch keineswegs der Fall; hierbei handelt es sich um ein ganz normales finanzpolitisches Instrument – und wenn es vier Nachträge sind. Abschließend weist er, Ratsherrn Boehms Ausführungen bezüglich der Ratszusammensetzungen und damit zusammenhängend das Zustandekommen getroffener Entscheidungen in den zurückliegenden Wahlperioden berichtend, auf die hier stattgefundenen mehrfachen Veränderungen hin, wofür dieser sich ausdrücklich bei dem Lehrer und Pädagogen Seifert bedankt.

Ratsherr Markert kritisiert eingangs, dass man in den Ausführungen von Ratsherrn Rockendorf an Stelle von „konsequent heruntergefahren“ auch „gnadenlos kaputtsparen“ hätte sagen können. Nach seiner Beurteilung hätte man den Haushalt sehr wohl im März oder April 2016 verabschieden können, denn dann hätte man gewusst, in welche Richtung sich die Frage der Zuschussbeantragung entwickelt. Eine andere Möglichkeit wäre die Verabschiedung eines Doppelhaushaltes gewesen. Weil sehr vieles auf der Strecke geblieben ist, stimmt Ratsherr Markert dem Haushalt nicht zu, z.B.: ♦ ... Straßenbeleuchtung ...; ♦ nachgefragte zusätzliche Klassenausstattung, nachdem die Grundschule seit vielen Jahren wieder einmal dreizügig wird ...; ♦ ... nachdem im Nachtrag unbedingt 50.000 € für die Verlagerung der Freiwilligen Feuerwehr Tettenborn verankert werden mussten, ist dieser bis heute nicht genehmigt, und in Folge sind im Haushalt 2016 keine Ansätze zu finden ...; ♦ ...Unklarheiten bei den inneren Verrechnungen bezüglich des DGHs Tettenborn ...; ♦ ... Haushaltsreste sollten bislang laut Willen der *CDU-Fraktion* zur Finanzierung des Haushalts gestrichen werden, bis diese erkannt hat, dass man damit Parkplätze finanzieren kann ...

Ratsherr Metzger erläutert zunächst sein Verständnis von Kommunalpolitik, wobei er u.a. auch darauf hinweist, dass bislang kein einziger seiner Änderungsanträge

sowohl von der CDU als auch von der SPD mitgetragen wurde, bevor er zwei Anträge stellt:

1. Anhebung der Grundsteuer A und B um 5 Punkte.
Von der hierdurch zu erzielenden Mehreinnahme sollen 5.000 € in die Grundschule fließen zur Finanzierung der dort im Haushalt momentan nicht vollständig abgebildeten Mobiliarbeschaffungen. Diese Mehrbelastung sollte den Einwohnerinnen und Einwohnern nicht schwer fallen, da sie aufgrund der zuvor beschlossenen Absenkung der Niederschlagswassergebühr entsprechend entlastet werden.
2. Anhebung der Personalausstattung im Sachgebiet Soziales des Ordnungs- und Sozialamtes um mehr als eine halbe Stelle.
U.a. eingehend auf die Personalausstattung „bislang | mittlerweile wieder | zukünftig“, die Belastungssituation der dortigen Mitarbeiterinnen und den Zukunftsvertrag (... „hartes“ Ziel = „schwarze Null“; „weiches“ Ziel = + ~ 267.000 € usw.), möchte er damit erreichen, dass hier nicht nur reagiert, sondern vorbeugend gehandelt wird.

Ratsherr Metzger macht deutlich, dass er den vorgelegten Haushalten immer zugestimmt hat, wenn die Verwaltung einen guten Entwurf erstellt hat. In diesem Falle will er es so halten, dass er seine Zustimmung gibt, sofern einem seiner Anträge entsprochen wird, egal welchem. Sofern dies nicht geschieht, wird er dagegen stimmen oder sich enthalten.

Ratsherr Simon erklärt, dass man gemeinsam mit Bauchweh den Zukunftsvertrag unterschrieben habe, den er, wenn er so bleibt wie er ist, als Knebelvertrag bezeichnet. Dennoch müsse man sich an ihn halten. Nur wenn es gelingt, in den angestrebten Nachverhandlungen für die Stadt positive Aspekte einfließen zu lassen, kann man etwas verändern bzw. erreichen.

Ratsherr Rockendorf stellt fest, dass seine Fraktion den von Ratsherrn Metzger gestellten Anträgen nicht zustimmen wird. Er dankt Ratsherrn Seifert für seine Stellungnahme zu den teils „wirren Ausführungen“ des Ratsherrn Boehm. Bezogen auf den Ratsbeschluss vom 19. Oktober 2015 hat er jeglichen Hinweis vermisst, was die *SPD-Fraktion* stattdessen machen will. Die Visionen, die Ratsherr Boehm ins Lächerliche gezogen hat, wurden aufgrund der „400.000-€-Festlegung“ zurückgestellt; Visionen haben längerfristigen Charakter.

Nach Entgegnung von Ratsherrn Boehm nimmt Ratsherr Seifert Stellung zu den Anträgen von Ratsherrn Metzger und erbittet von der Verwaltung eine Stellungnahme zu der im Raum stehenden Personalfrage.

Stadtoberamtsrat Weick verweist auf seine umfänglichen, protokollierten Darlegungen in der Sitzung des *Sozialausschusses* am 3. Dezember 2015, wo Ratsherr Metzger diesen Antrag ebenfalls gestellt hatte und wo dieser abgelehnt wurde. Er sieht in diesem Vorbringen Parallelen zu Vorgehensweisen in der Vergangenheit bezüglich anderer Sachverhalte (z.B. DRK-Kindertagesstätte Bad

Sachsa und JIBS) entstehen, was er als sehr einseitig empfindet; hierauf will er jedoch ausdrücklich nicht hinaus. Eingehend auf einzelne, teilweise erhebliche Personalreduzierungen in nahezu jedem einzelnen Amt bringt er zum Ausdruck, dass er sich, höchstwahrscheinlich zugleich auch im Namen seiner Kollegin bzw. Kollegen sprechend, gefreut hätte, wenn sich Ratsherr Metzger diesbezüglich auch einmal zu Wort gemeldet hätte, dass man einzelne dieser Personalmaßnahmen vielleicht nicht in der Konsequenz hätte umsetzen sollen, z.B. auf dem Bauhof (weil das Stadtgebiet teilweise so aussieht, wie es nach den jahrelangen Personalreduzierungen aussieht) oder im Bauamt (weil der Gebäudebestand sich teilweise in einem bemitleidenswerten Zustand befindet – mangelnde „Betreuung“) oder im Hauptamt (weil Kinder und Jugendliche doch angeblich die Zukunft einer Stadt sind und hier vielleicht gerade nicht gespart werden sollte).

In dem Zusammenhang lässt Stadtoberamtsrat Weick keinen Zweifel daran, dass die Verwaltung, wie auch an anderer Stelle bereits ausgeführt, bei weiter deutlich steigenden Flüchtlingszahlen kurzfristig zusätzliche personelle Maßnahmen treffen muss und wird – auch über den Stellenplan hinaus – und so schwer dies aufgrund der (eingeschränkten) Möglichkeiten und Voraussetzungen auch sein mag.

Ratsherr Markert macht deutlich, dass er den Anträgen des Ratsherrn Metzger nicht zustimmen kann. Die Regelung der beantragten Personalfrage ist für ihn reines Verwaltungshandeln, den Vortrag des Ratsherrn Metzger kann er nicht nachvollziehen. Dies bezieht sich auch auf die Frage der Anhebung der Grundsteuer, die Aufnahme der offen gebliebenen 5.000 € für die Mobiliarausstattung der Grundschule hätte im Haushalt „irgendwo drin sein müssen“. Er ist also ausdrücklich nicht „bei“ Ratsherrn Metzger, greift ihn aber auch nicht an. Diesbezüglich hätte er sich auch eine andere Umgehensweise von Stadtoberamtsrat Weick erwartet.

Nach weiteren Darlegungen des Ratsherrn Warnecke wird der Antrag des Ratsherrn Metzger bezüglich

- der Anhebung der Grundsteuer bei 1 Ja-Stimme gegen 18 Nein-Stimmen sowie 1 Stimmenthaltung abgelehnt;
- der (zusätzlichen) Personalaufstockung um eine halbe Stelle im Sachgebiet Soziales des Ordnungs- und Sozialamtes mit bei 1 Ja-Stimme gegen 14 Nein-Stimmen sowie 5 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Sodann stimmt der Rat dem Beschlussvorschlag mit 12 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung zu.

**12. Haushaltssicherungskonzept 2016;
hier: Fortschreibung für den Zeitraum 2016 bis 2019**

– DS-Nr. 28/15 –

Ratsvorsitzender Bruchmann gibt die Drucksache Nr. 28/15 zur Aussprache frei.

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag mit 12 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung zu.

13. Anträge und Anfragen

Ratsherr Metzger bezieht sich auf die derzeitige Situation bezüglich der Flüchtlingspolitik und geht davon aus, dass die nächsten 60 Personen und evtl. auch noch die weitere darauf folgende Zuweisungsrate wie bisher dezentral untergebracht werden können. Unter Hinweis auf den sogen. „Königsteiner Schlüssel“ (Verteilung zu 2/3 nach Steuerkraft und zu 1/3 nach Einwohnerzahl) und unter Berücksichtigung der Situation, dass hier mindestens drei ehemalige Hotels leer stehen (Hotel am Park, Haus Bismarck, Breslauer Hof), wirbt er für ein diesbezüglich stärkeres Engagement der Stadt.

Zur Untermauerung seines Begehrens verweist er auf viele Städte mit hoher Steuerkraft aber Wohnungsnot. So müssen bereits z.B. in Wolfenbüttel Flüchtlinge im Jugendgästehaus der Landesmusikakademie Niedersachsen und in Celle in der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz untergebracht werden, was die eigentliche Nutzung dieser Räumlichkeiten erschwert oder gar unmöglich macht. Deshalb gibt es aus seiner Sicht das Instrument der Amtshilfe. Er räumt zwar ein, dass die Stadt Bad Sachsa selbstverständlich nicht die Probleme größerer Städte lösen kann, aber sie könnte Hilfestellung geben.

Wenn man sich diesbezüglich positionieren würde, so Ratsherr Metzger, also „von uns aus“ tätig werden und nicht auf weitere größere, nicht planbare Zuweisungen warten würde, wäre dies nach seiner Einschätzung der hiesigen Bevölkerung besser vermittelbar. Hierin könnte eine gute Möglichkeit liegen, die Flüchtlinge als Chance begreifbar zu machen.

Bürgermeister Dr. Hartmann verweist auf ein heute Morgen stattgefundenes ausführliches Gespräch mit Ratsherrn Metzger in dieser Angelegenheit. Er bittet ausdrücklich, diesbezüglich realistisch zu sein. Auf der einen Seite scheint es so zu sein, dass Ratsherr Metzger die Flüchtlinge in sein Herz geschlossen hat. Auf der anderen Seite müssen aber auch die Belange der Bad Sachsaer Bevölkerung gesehen werden. Momentan ist davon auszugehen, dass die Stadt diese Angelegenheit im Griff hat, und es gibt keinen Grund, dass wir daran rühren sollten. Außerdem bittet der Bürgermeister in die Überlegungen mit einzubeziehen, dass, wenn hier an den bisherigen Abläufen Änderungen herbeigeführt werden sollten, man dann ggf. auf einmal nicht mehr mit 20, sondern vielleicht mit 200 Personen konfrontiert würde. Unter Hinweis auf die Situation in St. Andreasberg plädiert er dafür, sich nicht zusätzliche Probleme zu schaffen, denen man sich nicht stellen „muss“, sondern hier weiterhin mit Augenmaß zu agieren.

Ratsherr Seifert stellt fest, dass es sich hierbei eindeutig nicht um eine städtische Angelegenheit handelt, sondern dass hier zunächst die Zuständigkeiten des Landes und des Landkreises berührt sind.

Ratsherr Warnecke merkt an, dass zu den Anträgen des Ratsherrn Metzger in der vorangegangenen Diskussion bereits Einiges gesagt wurde. Er verweist ergänzend auf ein längeres Telefonat, welches er vor drei bis vier Wochen in dieser Frage mit Ratsherrn Metzger hatte. Dabei hat er versucht, ihm seine Position zu verdeutlichen: Man hört in die Bevölkerung hinein, was man dabei vernimmt, ist teilweise „erschreckend“. Nach Meinung von Ratsherrn Warnecke hilft die Stadt auf ganz gute Art und Weise, sie macht das seriös und verschließt sich nicht. Momentan sind noch Kapazitäten frei, um in dieser Form weiter zu agieren; allerdings muss die Stadt nach seiner Überzeugung hier nichts überreizen.

Ratsherr Simon äußert sein tiefstes Verständnis „für das Herz von Ratsherrn Metzger“, nimmt aber in Anspruch, dass seine Fraktion „auch eins hat“ und hält fest, dass man sich diese „Menschlichkeit nicht absprechend ließe“.

Ende der öffentlichen Sitzung: 21:16 Uhr

Im Anschluss an die öffentliche Ratssitzung findet bis 21:30 Uhr eine Einwohnerfragestunde statt.

Ratsvorsitzender Bruchmann wünscht allen Anwesenden einen guten Nachhauseweg, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr

gez. Bruchmann
Ratsvorsitzender

gez. Dr. Hartmann
Bürgermeister

gez. Weick
Protokollführer

Das Protokoll wurde in der Ratssitzung am 27. April 2016 genehmigt.